

Neun Diakonie-Punkte gegen Armut und Wohnungslosigkeit in der Diskussion
Diskussionsanreize für die Diskussion auf der Online-Konferenz der Diakonie Deutschland
„Wohnen 2022: Welche Wege aus der sozialen Schieflage“ am 15.11.2022

1. Explodierende Mieten und Bodenpreise erzeugen eine sozialen Schieflage. Immer mehr Menschen fehlt das Geld für das Nötigste. Bürgergeld- und Wohngeldreform bringen leichte Verbesserungen für einen Teil der Betroffenen, reichen aber nicht aus. Was fehlt ist eine soziale Wohnungspolitik, die Wohnraum bezahlbar macht.
2. Die Angemessenheit der Unterkunft darf bei Bezieher*innen von Bürgergeld nicht deswegen in Frage gestellt werden, weil die Miete aufgrund hoher energetischer Standards teurer ist.
3. Was wir brauchen, ist ein sozialer und ökologischer Neustart für die Wohnungspolitik. Soziale und ökologische Standards dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Vielmehr müssen übermäßige Gewinne abgeschöpft und im Sinne einer gemeinwohlorientierten sozialen und ökologischen Nutzung umverteilt werden.
4. Wohnungslosigkeit ist häufig eine Folge von individuellen Schicksalsschlägen und überhöhten Mieten. Der Weg aus der Wohnungslosigkeit heraus ist unangemessen schwer und mit kaum überwindbaren strukturellen Hürden gepflastert. Angemessen zu wohnen ist ein Menschenrecht.
5. Der Staat muss diejenigen unterstützen, die auf dem freien Wohnungsmarkt kaum eine Chance haben: Wir fordern wirksame staatliche Regelungen, die am Wohnungsmarkt Benachteiligten wie wohnungslosen Menschen, jungen Erwachsenen aus stationärer Jugendhilfe, Menschen mit Behinderung sowie Menschen mit Migrationshintergrund, Rassismuserfahrung und People of Colour diskriminierungsfreien Zugang zu Wohnraum ermöglichen.
6. Grund und Boden sind keine Spekulationsware, sondern vor allem ein soziales Gut. Eigentum verpflichtet. Es muss unterbunden werden, dass Viele leistungslos an Grund und Boden verdienen und zugleich überhöhte Mieten durch staatliche Transferleistungen subventioniert werden.
7. Die aktuelle Gesamtsituation und der Fall Uniper zeigen: um das soziale Grundrecht auf eine angemessene Wohnung zu gewährleisten, zu der auch die Grundversorgung mit Heizung und Energie gehört, darf Vergesellschaftung kein Tabu bleiben.
8. Bezahlbar Wohnen ist eine große soziale Frage, die das Engagement und den Ideenreichtum aller gemeinwohlorientierten gesellschaftlichen Kräfte verlangt. Deswegen brauchen wir u.a. schnell eine gute gesetzliche Ausgestaltung der im Koalitionsvertrag vereinbarten neuen Wohngemeinnützigkeit.
9. Im Winter 2022 ist klar: wir brauchen eine wirksame Prävention gegen Wohnungslosigkeit. Dazu gehören ein Kündigungsmoratorium und der Ausbau von beratenden Fachstellen. Das Ziel, Wohnungslosigkeit zu beseitigen, können wir aber nur erreichen, wenn die Gewährleistung von ausreichendem, bezahlbarem und energetisch hochwertigem Wohnraum als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge anerkannt und realisiert wird.